

45

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Ausdrucker 1.50 RM. für die Woche 6.10 RM. für den Monat 18.00 RM. für den Monat. Verlagskonto Nr. 28 882. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau. Vertriebs-Anschluß: Ring Nr. 8387.

Dienstag, den 13. September 1921

Anzeigenpreise: Die halbspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 RM., auswärts 0.90 RM. Stellen- und Wohnungsgelände, Familienanzeigen, Vereins- und Verbandsanzeigen 0.40 RM. Die halbspaltige Millimeterzeile, halbspaltig oder deren Raum im Text 2.— RM.

Das wahre Gesicht der Reichsregierung.

Als am 29. August der Reichskanzler seine bekannte Verordnung erließ, wurde sie von der Regierung als eine Waffe gegen die Reaktion angepriesen. Auf Anfragen erklärten Brüder und Grabiner, daß der Erlaß sich ausschließlich gegen die Monarchisten richte. Es war uns von vornherein klar, daß selbst dann, wenn es der ehrliche Wille der Regierung war, mit der Reaktion Schluss zu machen, diese Verordnung in der Hand der reaktionären Beamten zu einer Waffe gegen die revolutionäre Arbeiterschaft würde. Jetzt aber müssen wir feststellen, daß es sich für die Regierung von Anfang an nicht darum handelte, dem Willen der Arbeiterschaft nachzukommen, sondern daß ihr ganzes Streben darauf ging, neue Waffen gegen die Kommunisten zu schmieden.

Uns liegen Vorschläge des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Weismann vor, die derselbe am 27. August auf Anforderung seiner vorgesetzten Behörde machte, um die instabile Propaganda unschädlich zu machen und die Organisationen der Instabilen zu zerstören. Im Originaltext dieses Schreiben heißt es:

Ich schlage vor, eine Verordnung zu erlassen, damit die Regierung durch Verbot periodischer Druckschriften, die instabile Presse und hauptsächlich die „Rote Fahne“ lahmlegen kann, die die Masse täglich zu Gewaltthaten und Angriffen auf die Regierung aufstacheln. Ueber die Herausgabe einer beratigen Verordnung haben schon Mitte Mai dieses Jahres Verhandlungen stattgefunden, die durch die Erfahrungen veranlaßt waren, die bei den Märzunruhen in Deutschland gemacht wurden. Es ist bekannt, daß die bestehende Pressefreiheit eine ausreichende Unsicherheitsmaßnahme für den Arbeiterpresse nach dem augenblicklichen Strafrecht nicht ermöglicht.

Damals wurde von dem Erlaß einer solchen Verordnung abgesehen. Aber in der Zwischenzeit hat die instabile Presse ihre Bestrebungen nicht ausgegeben, und besonders in letzter Zeit hat sich ihre verfassungseindliche Seite stärker hervorgehoben, wie man es besonders deutlich aus den Artikeln der instabilen Zeitungen in Mitteldeutschland und auch der „Roten Fahne“ erkennt.

Eine beratige Unterbindung der Pressefreiheit mag wohl Stoff zu heftigen Anwürfen gegen die Regierung bieten. Trotzdem halte ich den Erlaß einer solchen Verordnung für unbedingt notwendig, da die bestehenden Rechtsbestimmungen keine genügende Handhabe zu tatsächlicher einschneidender Einschreiten gegen die instabilen Zeitungen geben. Augenblicklich ist ein wirkungsvolles Vorgehen unmöglich bei Ver-

hängung des Ausnahmezustandes. Da aber auf Grund der gemachten Erfahrungen diese Maßnahme einen großen Teil der Einwohner hart erregt und beunruhigt und die Erregung oft gerade auf noch außerhalb der Bewegung stehende Städte übergrift, halte ich ein beratiges Vorgehen nicht für untauglich. Eine lediglich die Presse betreffende Verordnung aber, auf Grund derer Zeitungen, deren Schreibweise eine strafbare Handlung in sich schließt oder zu ihrer Begehung auffordert, verboten werden können, würde häufig eine Verhängung des Ausnahmezustandes unmöglich machen, ohne daß die Regierung auf die fast allein wichtige Unterbindung der Pressefreiheit verzichten braucht.

Aus diesen Erwägungen heraus komme ich zu dem Schluß, eine solche Verordnung für unbedingt erforderlich zu bezeichnen und ihre sofortige Herausgabe auf das dringendste anraten zu sollen.

Am 27. August hatte Herr Weismann der Regierung diese Vorschläge gemacht, und schon zwei Tage später, am 29. August, erließ der Reichskanzler seine Verordnung gegen die Reaktion, die in allen ihren Teilen den Vorschlägen Weismanns, wie die instabile Propaganda unmöglich gemacht werden könne entsprach.

Heute kann die Arbeiterschaft schon an praktischen Beispielen feststellen, daß diese Verordnung mit aller Schärfe gegen die Kommunisten angewandt wird. Die Sozialdemokraten auf Regierungsposten kennen genau die Zusammenhänge der Dinge und haben trotzdem das Betrügerstück der Regierung von Anfang bis zu Ende unterstützt. Ja, es ist bezeichnend, daß fast alle Verbote kommunistischer Zeitungen durch etwaige reaktionäre Beamten sind, die die Verordnung nach der falschen Seite anwenden, sondern von sozialdemokratischen Parteiführern ausbreiten. Daran muß die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Aufgabe nicht allein darin besteht, die reaktionären Beamten aus dem Amt zu entfernen und an ihre Stelle ehemalige Arbeiter zu setzen, die dann die Methoden des alten Kaiserreichs zu den ihren machen, sondern daß es notwendig ist, daß die Arbeiterschaft die Ueberwachung der Tätigkeit der Behörden durch zu bildende proletarische Ueberwachungs-ausschüsse übernimmt. Nur so ist die Garantie gegeben, daß der in den Mittwoch-Demonstrationen zum Ausdruck gebrachte Wille nach Reinigung der republikanischen Behörden sowohl in bezug auf Befestigung der reaktionären Beamten als auch auf Beseitigung des alten monarchistischen Geistes wirklich durchgeführt wird.

Wo ist die Führung?

Der Vorstand des ADGB wird beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Die angeleitete Verbindung mit den anderen Gewerkschaftsverbänden sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrecht zu erhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.

Dieser Satz ist ohne Zweifel der wichtigste Teil der langen Entschliebung, die der Bundesausschuß des ADGB am 18. August angenommen hat, als er zu der Leuerung und den überall einsetzenden Lohnbewegungen Stellung nahm.

Raibe Gemüter konnten annehmen, daß die ungeheure Erregung, die durch die Arbeiterklasse seit Anfang August geht, auch die Führer des ADGB aufgeschreckt und zum entschlossenen und kühnen Handeln veranlaßt hätte. Doch wer seitdem die unzähligen Streiks und Lohnbewegungen im Reich verfolgt und sich dabei die „Laten“ resp. die Unaktivität des Vorstandes vom ADGB vergegenwärtigt, der wird vergebens die „geschlossene Einheitsfront“ suchen, von der in der Entschliebung die Rede ist.

Wahl- und planlos, ohne zeitliche und örtliche Verbindung miteinander kämpfen und streiken zurzeit Hunderttausende von Arbeitern in den verschiedensten Berufen und Betrieben. Streiks brechen aus und werden von Gewerkschaftsangehörigen, deren einzige Sorge die Verhandlung ist, meist mit der zweifelhaften „Erfolge“ so schnell wie möglich beendet. Kämpfe anderer Berufe, oft in herberden Industrie, laufen nebenher oder beginnen kaum nach Beendigung des Kampfes der ersten Gruppe. Im gleichen Augenblick, da Zehntausende Berliner Holzarbeiter streiken, stimmen mehr als Hunderttausend Metallarbeiter einem gänzlich ungenügenden Abkommen mit den Unternehmern zu, mit der Begründung, daß man die Kräfte sparen müsse für den bevorstehenden Kampf. Für welchen? Die Zigarettenarbeiter-Aussperrung ist beendet, zwei Tage darauf treten die Transportarbeiter in den Zigarettenfabriken in den Streik. Neuntausend Arbeiter der Wertwerk fahren seit Wochen einen erbitterten Kampf gegen die größte Schmarbnerfirma, sie rufen vergeblich nach Hilfe und Unterstützung, und die übrigen Werften arbeiten ruhig weiter, der Kampf muß lokalisiert werden, sagt Dismann. Außerdem wird der zu gleicher Zeit stattfindende Streik der staatlichen Arbeiter im Bremen mit einem sehr minimalen Erfolg abgebrochen. Fünftausend Metallarbeiter der Böllinger Hütte im Saargebiet beginnen den Streik, 15 000 Banarbeiter nehmen zur selben Zeit die Arbeit nach einem fast erfolglosen Kampf wieder auf.

So lauten die täglichen Meldungen seit Wochen. Man könnte ganze Spalten einer Zeitung füllen, wollte man von all den Bewegungen berichten, die in dieser unzusammenhängenden Art seit Einsetzen der neuesten Leuerungswelle geführt wurden. Verfolgt man die Presse der drei sozialistischen Parteien in ganz Deutschland, aber auch die Verbandszeitungen, so findet man überall Berichte von der ungeheuren Kampfbegeisterung der Arbeiterschaft. In allen Streikversammlungen herrscht der Wille vor, unter allen Umständen auszuharren, bis die Durchsetzung der Forderungen erreicht ist. Und doch am Ende des Kampfes ist der Refrain fast immer der gleiche: Die erzielte Lohn-erhöhung entspricht nicht der Leuerung, aber man stimmt vorläufig zu usw.

Welch ungeheure Menge von materieller und ideeller Energie der Arbeiterschaft wird so Tag für Tag in ganz Deutschland verpulvert ohne den geringsten Nutzen für die Arbeiterschaft, denn am Ende aller Kämpfe ist die Lage des Proletariats schlechter denn je, während die Gewinne der Unternehmer sich in das Fabelhafte steigern.

Wo bleibt da „jede mögliche Hilfe“ des ADGB, wo ist da eine Leitung, welchen Zweck hat der organisatorische Zusammenstoß der Gewerkschaften in dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, wenn in einer Zeit der gewaltigsten Lohnkämpfe die zur Leitung berufenen Instanzen jede Initiative vermissen lassen? Die Arbeiter verspüren diesen Mangel sehr deutlich. Immer kürzlicher verlangen sie vom ADGB die energische und zielbewusste Führung und Zusammenfassung der Kämpfe und außerdem die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses. Doch nichts geschieht, und die Herren Leipart, Graßmann und Genossen lassen die Welt im Zweifel, ob ihrer Passivität Absicht oder Unfähigkeit zugrunde liegt.

Was nun? Wie kommen wir aus der Sachlage heraus, und wie helfen wir unsere mit so großen Opfern verführten Kämpfe zu wirklich erfolgreichen? So fragen sich heute Millionen von Arbeitern, die bisher gewohnt waren, geschweudes hinter den Führern einherzutrotten. Was so mancher erwartet die Antwort in seiner allschmerzlichen gewordenen Verbandszeitung. Doch die Gewerkschaftspresse, die die eifrig vor alle kommunistischen „Schandblätter“

Sechs nationalistische Zeitungen freigegeben. Sechs kommunistische Zeitungen unterdrückt.

Sitzung des Beschwerde-Ausschusses.

Berlin, den 9. September 1921.

Heute nachmittag tagte im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Grabiner der Ausschuß des Reichspräsidenten, der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 über die Beschlüsse der verbotenen Zeitungen zu entscheiden hat. Die beschwerdeführenden Zeitungen waren vertreten. Es wurde insbesondere die Rechtsfrage behandelt, ob der Verordnung des Reichspräsidenten „rückwirkende Kraft“ innewohne.

Der Vertreter des Reichsjustizministeriums führte aus, daß zwei Fragen zu beantworten seien: Erstens, ob Verordnungen rechtlich zulässig seien, die Rechtsfolgen an Ereignisse knüpfen, die vor Inkrafttreten der betreffenden Verordnungen liegen, und zweitens, für den Fall der Bejahung der Frage, ob der Reichspräsident von dieser Befugnis Gebrauch gemacht habe.

Beide Fragen seien zu bejahen, denn es handle sich nicht um eine Strafmaßnahme, sondern um eine vorbeugende Verwaltungsmaßnahme. Für den Erlaß einer Verwaltungsmaßnahme sei es ausreichend, wenn auf Grund der früheren Haltung eines Mannes zurzeit noch eine andere Gefahr bestehe oder für die Zukunft zu befürchten sei. Es sei auch zulässig, zum Beweis für eine bestehende Gefahr auf frühere Ereignisse zurückzugreifen. (!)

Der Vorstand der Verordnung des Reichspräsidenten lege nicht den Wert auf einzelne Artikel oder einzelne Nummern, sondern auf den Gesamthalt der Druckschrift, auf das Bild, das die Druckschrift nach ihrem Gesamtcharakter biete.

Durch Bezugnahme auf den Inhalt soll die Druckschrift charakterisiert werden. Diese Auslegung werde geführt durch die § 4 der Verordnung, nach welchem Versammlungen usw. verboten werden können, wenn die Befugnis vom Gefahren für den Staat besteht. Daß diese Befugnis begründet werden könne durch Ereignisse, die vor Erlaß der Verordnung liegen, könne wohl außer Zweifel. Eublich spreche der Zweck der Verordnung für die vertretene Auffassung, da es ihre Aufgabe sei, vorhandenen Gefahren zu begegnen, ohne abzuwarten zu müssen, daß aus der Gefahr ein Schaden für den Staat sich ergebe.

Nach längerer Beratung des Ausschusses verfiel die Mehrheit Dr. Grabiner folgende Entscheidung:

„Der Ausschuß hat mit Mehrheit seiner Mitglieder beschlossen: Es kann dahingestellt bleiben, ob nicht schon der Artikel 116 der Reichsverfassung die rückwirkende Kraft der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 ausschließt. Es kann auch sonst dahingestellt bleiben, ob die Verordnung sich eine rückwirkende Kraft hätte beilegen können. Jedenfalls ist der Ausschuß der Auffassung, daß nach dem Wortlaut der Verordnung Verbote nicht ergehen konnten wegen des Inhalts periodischer Zeitschriften vor dem Erlaß der Verordnung. Das Verbot der betreffenden sechs Zeitungen wird daher aufgehoben.“

Es handelt sich um folgende Zeitungen: „Deutsche Zeitung“, „Deutsches Abendblatt“, „Deutsches Tageblatt“, „Süddeutsche Zeitung“, „Hamburger Warte“, und „Heimatsbote“ in Gera.

Am gleichen Tage, da in Breslau die „Schlesische Arbeiterzeitung“ verboten wird, das fünfte Blatt, das der Eberverordnung zum Opfer fällt, hebt die Regierung das Verbot fünf nationalsozialistischer Zeitungen auf! Die Regierung hat den Widerstand der SPD. und USPD. nicht zu fürchten. Sie hat mit den Führern dieser Parteien hinter verschlossenen Türen verhandelt und sich deren Unterstützung versichert. Diese Führer fühlen sich der Regierung mehr verpflichtet, denn der Arbeiterschaft. Sie schweigen über ihre Abmachungen mit dem Reichskanzler. Um so lauter rebet dafür die Republik: Freigabe fünf nationalsozialistischer Blätter! Das ist die Antwort der Regierung auf das „Wahlverhalten“ der SPD. und USPD.-Führer. Gewerkschaft Fahr-Dauernd! Das ist die zweite Antwort der Reichsregierung auf die Ariefendemonstrationen der Arbeiter.

Die Regierung sorgt auch dafür, daß die Arbeiter wirtschaftlich noch stärker als bisher an den kapitalistischen Feils geschmiebet werden. Das Antikreisgesetz und der Jugendbeschlag werden die Unternehmer in ihre sämtlichen ursprünglichen Herrschaftsrechte einsetzen und die Widerstandskraft der Arbeiter lähmen.

Was sagen die RE. und US- Arbeiter zu dem Verhalten ihrer Führer? Was sagen die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter dazu? Werden sie den ADGB recht bald und recht einbringlich an der Erfüllung der von ihm selbst aufgestellten Forderungen gemahnen?

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, Berlin, verboten. Der Reichsminister des Innern hat die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin für die Zeit vom 2. bis 22. September verboten.

unrichtete, sie versagt hier vollkommen. Nur ganz wenige Zeitungen machen den Versuch, an eine unangefällige Behandlung dieses großen Problems heranzugehen. Doch meist kommen auch diese über eine in schwalligen Worten gehaltene Schilderung der „Lage“ nicht hinaus. Wie die Lage um den heißen Brei gehen sie um den Kern der Sache herum.

Das „Korrespondenzblatt“, das als Organ der Bundesleitung während der Verhandlung und Besprechung der einzuführenden Wege sein möchte, vermeidet es ganz systematisch seit Wochen, auch nur eine Silbe Grundsätzliches über die jetzige Bewegung zu schreiben. Am „Grundstein“ schreibt ein Otto Bergmann über „Neue Wege“. Gespannt liest man sich um das in dem Artikel, und man kommt zu dem Schluss, ohne auch nur einen neuen Gedanken zu entdecken. Oder sollte der Verfasser die Empfehlung der Drogenoffensiven als eine neue Idee betrachten?

„Gewerkschaftliche Selbsthilfe“ überschreibt der „Stimmer“ seinen Artikel vom 10. September. Wer aber nach dem eigentlichen Wesen dieser Selbsthilfe in dem Artikel sucht, der findet eine spaltenlange Schilderung der bösen Unternehmungen, und erst ganz am Schluss verheißt sich der Verfasser zu folgender Weisheit:

„Gegenwärtig ist der Druck ausschließlich auf eine höhere Entlohnung zu legen. Sie muß erzwungen werden, wenn die Arbeiterkraft vor noch weiterer Verelendung bewahrt werden soll. Hier hat die gewerkschaftliche Selbsthilfe einzusetzen.“

„Nu segg mi bloß, wat wull de Rirt“, würde Fritz Reuter sagen. Am meisten beschäftigen sich die Organe des DWA mit dem Problem, aber auch hier ist die Ausbeute sehr gering. Die „Metallarbeiterzeitung“ vom 20. August schreibt unter „Lohnkämpfe“:

„Noch müssen Lohnbewegungen zum Zweck der Erhöhung der Nominallöhne geführt werden. Dieser Kampf wird von den Unternehmern mit dem heftigsten Widerstand begegnet. Das alte Kampfmittel der Unternehmern, die Ausperrungen, werden wiederum auf die brutale Weise angewandt. Tausende und Schntausende von Metallarbeitern liegen auf der Straße. Um Sein oder Nichtsein geht es in diesen reinen Nachtkämpfen. Da ist es wiederum an der Zeit, die Arbeiter an das uralte Wort zu erinnern, daß nur Einigkeit stark macht. Einigkeit und Zusammenhalt im Deutschen Metallarbeiterverband, das ist die Voraussetzung aller Lohnkämpfe. Geheft hin und handelt danach.“

Also tritt prinzipiell auf die Materie einzugehen, eine Verschiebung der Frage auf das organisatorische Gebiet. Doch den Arbeitern wird es wenig befriedigen, wenn man ihnen sagt, daß erst, wenn der letzte Metallarbeiter im Verband ist, ein erfolgreicher Kampf möglich sei. In dem Artikel „Auf zu erster Arbeit“ vom 3. September wird die Frage gelöst mit einer Propaganda für die Beitragserhöhung. Wie einer klaren Antwort ausweichen wird, dafür ist folgender Satz in demselben Artikel charakteristisch:

Der Einzelunternehmer hat als Nachfaktor ausgepielt. An Stelle der vielen Unternehmungen sind an die 20 Konzerne getreten, die noch untereinander durch die mannigfaltigsten Fäden und vor allem durch die gewerkschaftlichen Kampfverbände der Unternehmer, die Arbeitgeberverbände verbunden sind. So sieht die Situation aus! Es diese Eulen nach Athen tragen, hier noch einmal auszuführen, welche Konsequenzen für unsere Organisation daraus gezogen werden müssen.“

Kun, wir finden, daß in diesem Fall die Athener die Eulen sehr notwendig hätten, d. h., daß die Metallarbeiter sehr gern erfahren hätten, welche Konsequenzen die Gewerkschaften aus der immer härteren Konzentration der Unternehmungen zu ziehen haben.

Loni Sender überschreibt in der Betriebsratszeitschrift ihren Artikel „Vor ersten Kämpfen“. Es ist gewiß sehr gut, wenn man auch über zukünftige Kämpfe sich Gedanken macht, aber doch weit wichtiger ist, auf die brennenden Gegenwart Fragen Antwort zu geben. Soweit Sender dies tut, zengt es von keiner allzu großen Kampfschloßhaftigkeit. Sie schreibt:

Pflicht der Betriebsräte in dieser ersten Stunde muß es darum sein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in den weitesten Kreisen Aufklärung über die Ursachen und Verantwortungen zu verbreiten, um so den Reaktionen und Verheerungen der Dämonen des Kapitals vorzubeugen. Ist so Klarheit über die Situation und die einzig mögliche Abhilfe geschaffen, dann handelt es sich darum, auch diesen großen Kampf um die Zukunft der deutschen Wirtschaft, um die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft vorzubereiten.

Die wenigen Titane beständigen, was wir eingangs unserer Ausführungen sagten, daß die führenden Personen in den Gewerkschaften entweder bewußt jeder präzisen Stellungnahme aus dem Wege gehen, oder gar die Einheitsfront systematisch sabotieren; doch die Arbeiterschaft, die durch die Entwertung des Geldes und durch die rasende Steigerung der Preise für die Lebenshaltung gezwungen ist, sofort zu handeln, muß bei Strafe ihrer dauernden Verelendung Mittel und Wege finden, sich den Folgen der Lernerung zu entziehen. Das kann aber nur geschehen, durch einen Generalangriff auf das Unternehmertum. Nur durch eine grundsätzliche Veränderung der jetzigen Wirtschaftsweise wird es möglich sein, eine menschenwürdige Existenz für das Proletariat zu sichern und alle Anstrengungen von Niedrigelohnern der Kapitalisten nutzlos zu machen.

Um die Wege und Mittel zu diesem Kampf zu beraten und zu beschließen, ist es notwendig, daß die an der Spitze stehenden Arbeiter in den Betrieben, die Betriebsräte, auf einem Kongress für ganz Deutschland zusammenkommen. Das ist umso notwendiger, als bisher die Gewerkschaftsführung vollkommen verlagert hat. Deshalb haben die Arbeiter in allen Betrieben Deutschlands die Pflicht, in interparteilichen Komitees, in den Bezirksbetriebsräteversammlungen, in den Betrieben und Gewerkschaften, die Lage zu besprechen und sich die Organe zur Führung der Kämpfe selbst zu schaffen, wenn die alten Führer versagen.

Ausdruck als „Angewerbefunktion“ einzusetzen. Die Reaktion beugte sich aber nicht mit dem tatsächlichen Sieg. Sie will den Sieg in einer Form, der keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß Reich und Grubnauer langem, wie Raab pfeift. Die bürgerlichen Mittelparteien sehen ein, daß dem Langmut der Arbeiterschaft zu viel gemutet wird, wenn die Reichsregierung ihre Zustimmung dazu gibt, daß Bayern auch formell den Belagerungszustand aufrecht erhält. Sie reden Raab zur Annahme des Kompromisses zu. Nach dem Bericht des „Sozialanzeigers“ droht Raab aber mit seinem Rücktritt, wenn der bayerische Ausnahmezustand aufgehoben werden sollte. Der Streit um die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern oder seine Beibehaltung ist aber jetzt nur noch ein Streit um diese oder jene Maßnahme. Denn in der Tat bleibt er bestehen, auch wenn das Kompromiß der sozialdemokratischen Koalitionsregierung mit Bayern durchgeführt wird.

Inzwischen beweist die Regierung täglich besser, wie man auch mit Hilfe ihrer Bevölkerung allein gegen die Arbeiterschaft vorgehen kann. Wieder ist ein Arbeiterblatt beschlagnahmt. Die sechs deutschen Blätter aber, die jetzt wieder erscheinen dürfen, quittieren das Entgegenkommen der Republik damit, daß sie ihr verschärften Kampf anlagen und der Regierung prophezeien: „Von der Niederlage, die sie jetzt erlitten hat, wird sie sich schwer erholen.“

Wieder sind es sozialdemokratische Minister und Parteiführer, die als Helfer auf Seiten der Reaktion stehen, die den Sieg der Reaktion vor der Arbeiterschaft vertuschen, um sie von selbständigem Vorgehen zurückzuhalten. Die unkluge Parole der selbständigen „Republik Nordbayern“ wird jetzt von den Sozialdemokraten selbst schon fallen gelassen. Sie hat ihren Dienst geleistet, sie hat die sozialdemokratischen Arbeiter solange verwirrt, bis der Kuhhandel zwischen Grubnauer und den Vertretern Raabs hinter verschlossenen Türen erledigt war. Die rechtssozia-

Beispiele aktiver Solidarität!

Trotz der beispiellosen Opfer des mitteldeutschen Proletariats während der Märzaktion hat die Arbeiterschaft des Bezirks Halle-Merseburg für das Komitee „Arbeiterhilfe“ bis heute

bereits 50 000 Mark gesammelt.

Bedenkt, daß das mitteldeutsche Proletariat in den letzten Monaten ungeheure Summen für die Unterstützung der in den Gefängnissen schmachtenden und der ihrer Ernährer beraubten Familien aufgebracht hat. Folgt diesem Beispiel wahrhaft proletarischer Opferbereitschaft und internationaler Solidarität!

In verschiedenen Teilen des Reiches haben die Arbeiter in den Betrieben und Werkstätten dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Verfügung gestellt. Es überwiegen die Chemiker Bauarbeiter 3000 Mark in bar und für 2000 Mark Kleider und Schuhe.

Was die Chemiker Bauarbeiter zu leisten imstande sind, sollte das nicht in jeder Stadt, allüberall wo Klassenbewußte Arbeiter sind, möglich sein?

Alle gesammelten Gegenstände und Bedarfsartikel sind dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland, Berlin, Rosenthaler Straße 38, anzumelden. Geldsendungen auf Postcheckkonto Berlin 122. 115 089.

Die unabhängigen Führer erklären sich noch nicht ganz einverstanden, sie verhandeln weiter mit der Regierung.

Die Arbeiterschaft hat trotz der ungeheuren Kräfte, die sie in ihrem Aufmarsch gegen die Reaktion gezeigt hat, nicht verhindert, daß die Reaktion einen gewaltigen Erfolg davongetragen hat. An den sozialdemokratischen Arbeitern ist es, die Niederlage weitzumachen. Das kann nicht geschehen, bevor sie nicht mit ihren Führern abgerechnet haben.

SPD-Führer für die Koalition mit der Volkspartei.

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die preussische Regierungsbildung gibt die „Germania“ folgende Ausführungen eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wieder, die in „einer Korrespondenz“ (vielleicht der Zentralparlamentarischen Korrespondenz?) erschienen seien:

Die sozialdemokratischen Kollegen haben sich bei den Verhandlungen insofern in einer klugen Lage, als der bevorstehende Parteitag in Berlin zu der Frage einer Erweiterung der Regierungskoalition nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich Stellung nehmen muß. Sie konnten sich nur an das halten, was die Partei zu der Frage einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei bei früheren Gelegenheiten zum Ausdruck gebracht hat. Es wäre besser gewesen, wenn man nach Hinweis auf diesen Sachverhalt die Verhandlungen bis nach dem Parteitag hätte vertagen lassen.

Speziell hält sich der Parteitag bei seiner Entscheidung über die Koalitionsfrage an die veränderten Verhältnisse. Es ist da vor allem zu berücksichtigen, daß die Partei, die die Regierung der Republik erhält, heute gar nicht leicht genug sein kann und daß die herrschenden politischen Umstände eine Stärkung der Opposition durchaus nicht wünschenswert erscheinen lassen. Dazu kommt — und diese Tatsache wird besonders berücksichtigt werden müssen — daß sich in der Entwicklung der deutschen Volkspartei zur Republik zeigen, aber bisher, ein Rückgang

Der Parteitag der deutschen Partei ist so weit vollzogen, daß beträchtliche Mitglieder mit ihrem Votum bereits den Weg in die Tagespresse geschrieben haben.

Die sich auf solche Weise anbahnende Vorbereitung der parlamentarischen Arbeit politischen Grund zu legen, das dürfte auch der jetzt parlamentarische Parteitag der SPD nicht als ihre Aufgabe ansehen.

Nun darf nicht vergessen, daß die sozialdemokratischen, wie auch die kommunistischen Gegner der herrschenden Staatsform immer stärker gegen die Republik laufen. Es ist nicht anzunehmen, daß diese Partei Ereignisse einrichten, die die rechtliche Zusammenfassung aller Kräfte gegen die Republik (der mehr und mehr der weniger begeisterten) unüberwindlich wünschenswert erscheinen lassen. Es würde sich

bann herabsetzen, daß eine allzu enge und kleinliche Auffassung des Koalitionsgebildens von großem Schaden gewesen sei.

Die „Germania“ fügt hinzu, daß diese „vernünftige Ansicht“, deren Urheber leider nicht genannt wird, von sehr vielen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei geteilt wird.

Die Großzahl der Führer der SPD wünscht die Koalition mit der Volkspartei, um eine „breite Basis für die Republik“ zu schaffen und den offenen Klassenkampf einzudämmen. Sie ist bereit, den Inhalt der Form zu opfern, denn eine Republik, in der die Volkspartei den Ausschlag gibt, ist ein monarchisches Regime in republikanischem Gewand. Eine solche Republik dient der rückwärtslosen Anebelung und Ausplünderung der Arbeiterschaft. In derselben Richtung liegt es, wenn heute der „Vorwärts“ wieder erklärt, eine Vertagung der Steuerentwürfe dürfte nicht möglich sein vor der Entscheidung über die Erlassung der Goldwerte. Nachher will sie also auch über die Steuern, die der Ausplünderung der Arbeitermassen dienen sollen, mit sich reden lassen. Auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet sind die SPD-Führer wieder bereit, die Arbeiterinteressen dem Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu opfern.

Die Deutschnationalen stoßen weiter vor.

Nachdem das sozialdemokratische Reichs-Innenministerium das Verbot von sechs reaktionären Zeitungen rückgängig gemacht hat, halten die Deutschnationalen den Augenblick für gekommen, gegen die Verbotverordnung überhaupt vorzugehen. Sie sehen nicht ein, warum der Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterblätter mit Mitteln betrieben werden soll, die sich auch einmal gegen sie wenden können, und wollen die Regierung in die Notwendigkeit versetzen, gegen die Arbeiterpresse mit schwerem Geschütz — der Verhängung des Belagerungszustandes — aufzufahren. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat an den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses folgenden Antrag gestellt:

- „Der Ausschuss wolle die Regierung ersuchen:
1. alsbald ohne Rücksicht auf das Zusammenstreiten des Reichstags die Aufhebung der von dem Reichspräsidenten unter Bezugnahme auf Artikel 4 der Reichsverfassung erlassenen Verordnung vom 29. August dieses Jahres herbeizuführen,
 2. im Falle der Ablehnung des Antrages zu 1. folgende Änderungen dieser Verordnung zu veranlassen:
 - a) in den §§ 1 und 4 die Worte „Gegen die Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform“ zu streichen,
 - b) durch Streichung des § 1 Absatz 4 und § 4 Absatz 4 die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Landesregierungen zur Ausführung der Verordnung wiederherzustellen,
 - c) in die Verordnung Bestimmungen anzuschließen, daß der Verordnung keine rückwirkende Kraft beigelegt werden darf, und daß die bloße Tendenz, die politische Gesinnung, einen ausreichenden Grund zu Verböten und Strafen nicht darstellt,
 - d) den § 6 dahin abzuändern, daß in dem Beschwerdeausschuss unabhängige Richter die Mehrheit haben.“Entweder soll die Verordnung ganz aufgehoben oder jede Möglichkeit zu ihrer Anwendung gegen rechts ausgeschaltet werden. Nicht nur faktisch, auch formell soll eine Ausnahmeverordnung gegen die Arbeiterpresse übrig bleiben.

Die Regierung Birck macht vor der Reaktion eine Verbeugung nach der andern. Sollte sie dem Wunsch der Deutschnationalen nicht entsprechen, so wird sie sich zum mindesten bemühen durch die Praxis zu beweisen, daß sie ausschließlich gegen die Arbeiter regiert.

Sechs kommunistische Zeitungen verboten.

Schematisch wird die Verordnung des Reichspräsidenten zur Unterdrückung der kommunistischen Presse verfaßt. Es sind bis jetzt verboten:

- „Tribüne“, Halle;
- „Kommunist“, Frankfurt a. Main;
- „rote Fahne des Ostens“, Königsberg;
- „Ruffeler Arbeiterzeitung“;
- „Schlesische Arbeiterzeitung“, Breslau;
- „Kommunistische Arbeiterzeitung“, Berlin.

Vom „aufgelösten“ Selbstschutz.

Bekanntlich versichert die Reichsregierung immer wieder, daß alle Selbstschutzverbände „ordnungsgemäß aufgelöst“ seien. Die Arbeiterschaft allerdings ist anderer Meinung. Sie weiß, daß die Organe sich nach allen „Regierungsverböten“ nur umgestellt, und es unter den verschiedenen Masken zu höchster Vollkommenheit der Organisation gebracht hat. Folgende Annonce im „Köpenicker Dampfboot“ vom 5. September mag das illustrieren:

Wach- u. Sicherheitsdienst Groß-Berlin, O. m. b. H. nur ehem. Frontsoldaten, viele Exzellenzen — Disziplin, Kameradschaft, Kameradschaft — für Gendarm und Umgang, auch Groß-Berlin, vornehmliche Bestimmung: event. nebenberuflich. Nur schriftliche Auskünfte. Et a. D. Daas, Bestrafungskommissar, Steglitz, Kometenstr. 57.

Die Wach- und Sicherheitsdienst Groß-Berlin O. m. b. H. ist nur eine Zentralstelle der Organe und wahrscheinlich vom Polizeipräsidenten Richter erlaubt, der gerade in den letzten Tagen mit seinen Erlässen gegen die Arbeiterschaft bewiesen hat, wie ernst es ihm mit dem „Schutz der Verfassung“ und dem Kampf gegen die verkappten monarchistischen Organisationen ist.

Wanderübungen der Organe für den Bürgerkrieg.

Wir berichteten vor ein paar Wochen über das provokatorische Anziehen bayerischer Truppen in Kesslingen und Notzenburg. Zugwischen seihen die Konterrevolutionäre ihre Konterrevolutionen für den künftigen Bürgerkrieg eifrig fort. Unter dem Deckmantel von Zeit- und Fahrverböten des „Angehörigen Zeit- und Fahrverböten“ (lies: Organe) exerzieren auf dem Festplatz in Gassel unter wehenden schwarz-weiß-roten Fahnen, wie in Wilhelm's glorreichen Zeiten, Marschmusikgelehrte, Reichswehr mit Stahlhelmen, Artillerie, eine Batterie Artillerieregiment 5, Triller. Der gesamte Damm war durch Schutzpolizei abgeperrt: Arbeiter, die sich in die Nähe vorwagen, wurden zur nächsten Wache geschleppt, um ihnen willkürliche Sitten beizubringen.

Wahrscheinlich geht es in Hannover'sch-Münden zu, wo die Studierenden der Hochschule durch eine Art Selbstschutz die Arbeiter ständig provozieren. Bei allen Schlägerereien, zu denen es infolge dessen häufig kommt, tritt natürlich die Polizei auf Seiten der Bourgeoiselöndchen, mögen auf der anderen Seite auch nur SPD-Arbeiter sein.

Die Polizei in Speyer von der Befehlshaberbehörde abgelehnt.

(11.) Frankfurt a. M., 9. September. Wie aus einem heute von der französischen Besatzung in Speyer angeschlagenen Plakat über die Auflösung der Speyerer Schutzmannschaft zu entnehmen ist, hat die französische Regierung dem General de Neg in Anerkennung seiner Verdienste

Politische Ueberblick.

Die Reaktion triumphiert!

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, ihre Verordnung vom 29. August aufzuheben und an deren Stelle eine Verordnung zu setzen, die die Durchföhrung des Ausnahmezustandes in Bayern vollkommen in Raab's Hände legt. Nur um die Umkehrverkung unter die Koalition zu verleiern, bittet die Reichsregierung Herrn von Raab, dem heutigen Reichstag das Recht zu gewöhren, einen

um die friedliche... ang der Pfalz das Präbital... zellen verließen. Die Verordnung erklärt, wie der... für abgelegt, da... unfähig sei, die Ruhe und Ordnung... zu erhalten. Die Vollzeiterwartung geht vom 8. September... die Befugnisse... über. Nach den gestohlenen deutschen... Vollzisten wird gefordert, um sie den französischen... behörden zur Verfügung zu stellen.

Wie die Amsterdamer Internationale das internationale Hilfswort sabotiert.

In der gemeinsamen Sitzung zwischen Vertretern des Auslandskomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für die Hungerrunden in Russland und dem Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 14. August in Berlin wurde, nachdem das Büro die Ergreifung der Initiative zur Einberufung einer alle internationalen Arbeiterorganisationen umfassenden Konferenz abgelehnt hatte, vom Auslandskomitee der Antrag gestellt, wenigstens die gesammelten Gelder gemeinsam zu verwenden. Darauf erklärte Fimmen vom Internationalen Gewerkschaftsbund: „Wir haben keine Gelegenheit gehabt, im Büro zu der Frage, die jetzt gestellt wird, Stellung zu nehmen. Aber ich glaube im allgemeinen sagen zu können, daß wenn es seitens des Auslandskomitees, von dem Herr Münzenberg Sekretär ist, für wünschenswert und notwendig gehalten wird, weiter mit uns zu beraten über die Verwendung der Gelder, das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes nichts dagegen hat, eine beratende Besprechung mit diesem Komitee Münzenberg, wollen wir es nennen, abzuhalten.“

In Erinnerung dieser Besprechung wandte sich das Auslandskomitee sofort, nachdem es über einige Mittel verfügte, mit folgendem Telegramm an das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes: **Büro des Internat. Gewerkschaftsbundes, Amsterdam (Holland).** Das uns zur Verfügung gestellte Geld beträgt heute über eine Million — wir wiederholen unsern Antrag auf die Konferenz in Berlin betreffs gemeinschaftlichen Einkaufs und gemeinschaftlichen Transports der aus Arbeitergeldern gesammelten Getreide und Medizin nach Russland. Bitte telegraphisch um Bericht, ob mit unserm Vorschlag einverstanden. Wenn bis Mittwoch, dem 31. 8., keine Antwort hier eintrifft, müssen wir selber allein das erste Schiff auslasten. Gleichzeitig bitten wir Sie nochmals um Uebermittlung des Stenogramms unserer gemeinschaftlichen Besprechung.

Auslandskomitee Berlin: Münzenberg. Darauf kam sonderbarerweise folgende Antwort: **Telegramm erhalten. Bitte Mitteilung, auf welcher Bank Sie eingezahltes Geld gemäß Beschluß unserer Konferenz in Berlin zu unserer Verfügung halten. Unter Handhabung unserer Berliner Resolution wollen wir etwaige Vorschläge Ihrerseits betr. Einkauf und Transport erledigen. Stenogramm heute abgefaßt. Dubegeest.**

In dem Telegramm stand ja nun Verschiedenes, von dem in der Antwort Fimmens nichts enthalten war. Aber getreu seines Grundgesetzes, sich durch nichts verblüffen zu lassen und seinerseits alles zu einer Vereinigung aller Arbeiterorganisationen in dem Kampfe gegen den Hunger in Russland zu tun, antwortete das Auslandskomitee dem Amsterdamer Büro mit folgendem Telegramm: **Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Amsterdam.**

Von einem bedingungslosen Zurverfügungstellen unserer Gelder auf Ihr Konto war nie die Rede. Die ganzen Fragen der gemeinschaftlichen Kasse und des gemeinschaftlichen Einkaufs sollten, wie aus dem Stenogramm und der Antwort Fimmens auf unsere Frage klar hervorgeht, bei einer neuen gemeinsamen Besprechung erledigt werden. Wir bitten heute erneut um diese Besprechung. **Münzenberg.**

Die Antwort ließ diesmal nicht lange auf sich warten; am 1. September ging folgendes Telegramm beim Auslandskomitee ein: **Telegramm 30. August erhalten. Mein Kollege Dubegeest bis Mitte September abwesend. Siehe selber im Begriffe, nach England zu reisen. Eventuelle Besprechung daher nicht vor Mitte September möglich. Fimmen.**

Jetzt ist auf einmal nur noch von einer eventuellen Besprechung die Rede und selbst die soll nicht vor Mitte September möglich sein. Entweder nimmt jetzt das Auslandskomitee auf das Amsterdamer Büro Rücksicht und läßt die Hungerrunden warten oder auf die Hungerrunden, und jetzt sich der Gefahr aus, wegen selbständigen Vorgehens wieder der Zersplitterung verächtlich zu werden. Bei der Größe der Not und der Dringlichkeit der nötigen Hilfe muß das Auslandskomitee wohl dazu kommen, mehr Rücksicht auf die Hungerrunden als auf das gemächlich arbeitende Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu nehmen.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

6] Von Emile Zola. „Du bist, Gourdon?“ sagte er mit schwacher Stimme; „ist die Schlacht gewonnen?“ „Ich glaube wohl, Herr Oberst,“ antwortete ich. Ein Augenblick des Schweigens. Dann öffnete er die Augen wieder und sah mich an. „Wo bist du verwundet?“ „An der Schulter... Und Herr Oberst?“ „Der Ellenbogen muß gebrochen sein. Ich erinnere mich, dieselbe Granate muß uns so zugerichtet haben, mein Junge.“ „Er machte den Versuch, sich zu erheben.“ „Aber,“ sagte er plötzlich voller Humor, „übernachten wollen wir hier lieber nicht, was?“ „Man kann sich vorstellen, wieviel Kraft mir dieser Humor gab und wieviel neue Hoffnung. Seitdem wir zu zweien gegen den Tod kämpften, fühlte ich mich ganz anders.“ „Ich werde den Arm mit meinem Taschentuch verbinden“, rief ich, „und dann müssen wir versuchen, uns miteinander, im nächsten Verbandspfad, zu schleppen.“ „Sehr richtig, mein Junge... Schnür den Arm nur nicht zu fest ab... So, jetzt lassen wir uns bei den gewunden Händen und versuchen, hochzukommen.“ „Wir erhoben uns schwankend. Wir hatten viel Blut verloren; unsere Köpfe drehten sich, unsere Beine versagten. Die zwei Betrücker schwankten mir, küßten uns gegenseitig und machten Umwege, um an den Toten vorbeizukommen. Die Sonne ging rotig unter, und unsere riesigen Schatten taupen langsam über das Schlachtfeld. Das war das Ende eines trüben Tages.“ „Der Oberst überzete; aber Fieberbäume zogen seine Rippen zusammen, sein Lachen klang wie ein Schlingeln. Ich hatte das Gefühl, wir würden in irgendeinem Winkel niederfallen, nur nie wieder aufzuwachen. Zutwischen wurde uns schwindlig, wir mußten festhalten und schließen die Augen. Fern in der Ebene bildeten die Ambulanzen kleine graue Flecke auf der dunklen Erde.“ „Wir hoberten über einen großen Stein und fielen übereinander. Der Oberst suchte wie ein Heide. Wir versuchten, auf allen Vieren weiterzugehen und uns dabei an den Rücken

Der Märzkampf vor dem Untersuchungsausschuß.

Höring hat provoziert.

Vom Untersuchungsausschuß des Landtages wurde am Freitag zuerst Oberpräsidentat Breyer, der Stellvertreter Hörings im Magdeburger Oberpräsidium, vernommen. Viel mußte er nicht zu bekennen, aber was er sagte, kennzeichnete ihn als Reaktionsrasslmeister. Man muß den Kopf schütteln, daß ein sozialdemokratischer Oberpräsident einen solchen verpodsten Bürokraten und Reaktionsrassl als „rechte Hand“ im Dienst behält. Für Breyer steht fest, daß die Entwaffnung bei den Bürgerlichen restlos durchgeführt worden ist, nicht aber bei den Arbeitern. Ueber den Bestand einer Roten Armee befragt, meint er, daß Vorkehrungen getroffen worden wären, stände außer Zweifel. Man fragt ihn nach dem Ergebnis der Nachprüfung von Presseberichten in dieser Beziehung. Da weicht er aus, schüttelt sein weißes Haupt bedenklich und meint, aus den Nachrichten wäre kein klares Bild zu bekommen gewesen. Ergebnis also: **Eine Rote Armee bestand nicht!**

Das muß der Zeuge sogar selbst zugeben auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich denken könne, daß eine große Rote Armee unterirdisch bestehen könnte, ohne daß sie entdeckt würde. Ja, meinte Herr Breyer bedächtig, lange würde sie wohl nicht bestehen können. Er weiß zwar nicht, daß 1920 in der Abwehr des Rapp-Putschs außer den Kommunisten auch andere Arbeiter gekämpft haben. Aber das weiß er bestimmt, aufs allerbestimmteste: daß die Gefahr eines Rechtsputsches in diesem Frühjahr nicht bestanden hat. Rechtsorganisationen, die sich aus politischen Gründen bewaffneten, gibt es für ihn nicht. Ob solche Organisationen zu „Selbstschutzzwecken“ bestanden haben, ist für ihn eine andere Frage.

Lange Auseinandersetzungen gab es mit dem Zeugen bei der Vernehmung über den Punkt „Organisation der Behörden“. Die Höringschen Einrichtungen beim Oberpräsidium scheinen ihm nicht sehr zu gefallen. Er meint, es wäre ein fettes Ein und Her gewesen. Die Vertreter der Rechtsparteien stellen Fragen über Fragen, um genauer zu erfahren. Hier sah man wiederum deutlich, welchen Zweck sie mit der Einlegung des Ausschusses in erster Linie verfolgten: Die sozialdemokratischen Regierungsmänner als unfähig bloßzustellen und das neue demokratische Regierungssystem zu kompromittieren!

Ueber die Qualifikation der Amts- und Gemeindevorsteher sagt er aus, 108 Amtsvorsteher seien nicht befähigt worden nach den allgemeinen Neuwahlen im Jahre 1919. Entschieden sei für ihn die persönliche Eignetheit gewesen. Was Herr Breyer darunter versteht, hörte man später, als er sagte, er habe als Amtsvorsteher

auch ausgesprochene Anhänger der USPD nicht befähigt.

weil sie nicht zuverlässige Vertreter der Verfassung seien. Diese Auffassung hatte er selbstverständlich auch gegenüber den Kommunisten. Der Unabhängige Christliche fragte nach den Gründen für diese Auffassung, ob die Reichsverfassung ihm eine Handhabe für die Rechtsprechung seiner Parteifreunde biete. Diese Frage ist Herr Breyer sichtlich unangenehm. Er möchte die Antwort verweigern. Christliche stellt die Frage erneut, bekommt aber noch immer keine Antwort. Liebt er nicht macht Frach und verlangt die Beantwortung mit Ja oder Nein. Christliche ergänzt seine Frage: Herr Zeuge, haben Sie die Bedenken über die Unzuverlässigkeit bei der Beratung der Verfassung nicht auch bei Angehörigen der extremen Rechtsparteien gehabt? Ein deutschnationaler Abgeordneter will dem bedrängten Reaktionsrassl zu Hilfe eilen. Er meint, die Frage habe mit dem Gegenstand der Untersuchung nichts zu tun. (Allgemeines Oho auf der Linken.) Eine neue Frage es Abg. Christliche, ob dem Zeugen beim Rapp-Putsch nicht Bedenken gekommen wäre, beantwortet er mit Nein. Kein Wunder; für ihn sind die Rappisten und Monarchisten die trefflichsten und zuverlässigsten Stützen der Republik. So ähnlich war ja Sebring's Auffassung auch.

Der Vorsitzende erklärt, daß er die beanstandete Frage für berechtigt halte, da die Gefahr eines Rechtsputsches Gegenstand der Beweisforschung sei. Er richtet die Frage erneut an den Zeugen. Der antwortet, es sei ihm kein Amtsvorsteher bekannt geworden, der beim Rechtsputsch 1920 sich aktiv zugunsten von Rapp betätigt habe! — Tableau! —

Am Nachmittag wurde der Polizeireferent im Ministerium des Innern, Ministerialdirigent Wegg vernommen. Seine Aussagen boten für den Ausschuss nur wenig positives Tatsachenmaterial, ließen aber interessante Rückschlüsse auf den „Betrieb“ im Reich der Feine und Severing zu, wo man nach den Vorbildern von Bülow und Haenisch Bürokratie und Demokratie, Revolution und Konterrevolution zu einem neuen System zu vereinigen sich vergeblich mühte. Ueber diese Einbrüche und die daraus von Kommunisten zu ziehenden Schlüs-

folgerungen wird noch zu reden sein. Herr Wegg meinte, die Selbständigkeit des Staatskommissars für öffentliche Ordnung sei der Einheitslichkeit abträglich und könne nicht dauernd aufrecht erhalten bleiben.

Dann ließ er sich über die Anweisungen für die sogenannten „Zivilkommissare“ aus, und zwar geschah das sehr, sehr ausführlich. Die Vertreter der Rechtsparteien nahmen den Rechtsozialisten Runzemann scharf aufs Korn, der von Höring nach Eisen ben geschickt worden war, um die Mannfelder Bergleute, die er zuerst als Massenleide verächtlich hatte, mit der gegen sie losgelassenen Polizeimacht zu verschüchtern.

Wenn Herr Runzemann dies nur getan hätte, hätten es die Reaktionsäre gewiß noch hingehen lassen. Aber er soll sich in öffentlichen Versammlungen für die sozialdemokratische Partei als Redner betätigt und sich in die Kommantogewalt der Polizeioffiziere eingemischt haben, was natürlich für die Freunde der Militärlisten ein Kapitalverbrechen ist. Eine Klarheit über diese Punkte brachte die Vernehmung des Zeugen Wegg nicht.

Herr Runzemann ist von Höring zu allerhand „vertraulichen Missionen“ im Mannfeldischen benutzt worden. In einem Briefe, den der Bürgermeister von Hettstedt an den Abg. von Draxler gerichtet hat, wird gesagt, Runzemann habe im Auftrage Hörings im Hettstedter Gebiet Vernehmungen anstellen wollen über den Leichen und beim Eduard-Schacht. (Unter Schladen verscharrt, wurden dort nach der Niederschlagung der Märzämpfer zwei sichtlich von Ethopol-baten gemeuchelte Bergarbeiter aufgefunden, worüber unser halbes Parteiblatt „Die Tribüne“ berichtete.)

Runzemann — nach der Darstellung des Bürgermeisters — „man müsse den Gehärdel der „Tribüne“ widerlegen“

„um die Geschichte aus der Welt zu schaffen.“ Ein weiterer Auftrag Hörings an Runzemann

zur Verschleierung von Tatsachen, die der Polizei unangenehm waren, bestand — wiederum nach der Darstellung des Hettstedter Bürgermeisters — in folgendem: In Hettstedt waren Mitglieder des Gewerkschaftsvereins verhaftet worden, sichtlich wie so viele andere Proletarier, ohne jeden Grund. Es bestand die Absicht, diesen Übergriff im Parlament zur Sprache zu bringen, und „das sollte verhindert werden“. Unangenehme Zeitgenossen, diese rechtssozialistischen Zivilkommissare der preukischen Republik, das muß man sagen!

Im übrigen verteidigte der Zeuge Abegg beharrlich die Entschuldigungen seines Ministeriums. Uerst habe die Durchführung der Polizeikaktion allein in den Händen des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten gelegen; das Ministerium sei erst mit ihr befaßt worden, als der Aufruhr ausgebrochen war. Genosse Kiliau frag den Zeugen nach dieser Bekundung, ob er bei der Abfassung der grünen Denkschrift des Ministeriums des Innern über die Märzunruhen mitgewirkt habe, und ob er die Verantwortung dafür trage. Dies wurde von ihm bejaht. (In der Denkschrift ist genau das Gegenteil der Aussage amtlich festgesetzt!) Der Abg. Lieblich stellte fest, daß

mit der Polizeikaktion gegen Mitteldeutschland im Ministerium des Innern nicht die Polizeikaktion, sondern die politischen Referenten befaßt worden

sind, vorher und während der Kämpfe. Daraus geht mit zwingender Sicherheit hervor, daß — wie wir Kommunisten behaupten — die Polizeikaktion der Höring und Severing gegen das mitteldeutsche Proletariat nicht, wie sie sich herausgeben möchten, ein Unternehmen gegen kriminelle Verbrecher gewesen ist, sondern

daß für ihre folgenschweren Entschuldigungen politische Gründe maßgebend waren!

Die Vernehmungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Dem Bericht von der Donnerstagstagung des Untersuchungsausschusses ist noch nachzutragen, daß der Regierungsrat Kielhorn, der Polizeibeamte von der Merseburger Regierung, über das Ergebnis der Untersuchung betreffend die Ermordung von Arbeitern im Leunawerk berichtete,

es seien nach der Liste des Deunacr Standesbeamten 30 Leute getötet worden, aber alle bereits im März. Das ist eine Bestätigung der Ermordungen! Denn es steht fest, daß das Leunawerk bereits am 23. März von der Polizei erürmt wurde, daß vor und bei der Einnahme, abgesehen von einzelnen Gewehrschüssen, die Arbeiter keinerlei Widerstand geleistet haben und daß gerade die widerrechtlichen Tötungen in den Tagen vom 23. bis 30. März vorgenommen worden sind. Das wird durch die Vernehmung von zahlreichen Augenzeugen zu beweisen sein.

weiterzuhelfen. So legten wir auf den Knien vielleicht hundert Meter zurück. Aber unsere Knie bluteten.

„Ich habe genug von der Geschichte,“ sagte der Oberst und blieb liegen, „sie werden uns schon finden, wenn sie wollen. Legen wir uns schlafen.“

„Ich hatte noch die Kraft, mich halb aufzurichten und mit meinem letzten Atemzug zu schreiben. In der Ferne gingen Leute vorüber, die nach Verwundeten suchten; sie kamen herbeigelaufen und legten uns Seite an Seite auf eine Bahre.“

„Na, Kamerad,“ sagte der Oberst während des Transportes zu mir, „der Tod scheint uns nicht zu mögen. Ich verbanke dir mein Leben, und ich will dir meine Schuld abtragen, wenn du mich einmal nötig hast... Gib mir deine Hand.“

„Ich legte meine Hand in seine, und so erreichten wir den Verbandspfad. Man hatte Fadeln angezündet; die Schirmer löschten und sagten, und die Verwundeten deuteten furchend; ecker Geruch stieg aus blutiger Wäsche, und die Fadeln warzen ihren dunkelroten Schein in die Schüssel.“

Der Oberst ertrug die Amputation seines Armes mit Gelassenheit; ich sah nur seine Lippen weiß werden und seine Augen sich verschleiern. Als die Reife an mich kam, untersuchte der Chirurg meine Schulter.

„Das hat eine Granate angerichtet, zwei Zentimeter tiefer und die Schulter ist hin. So ist es nur eine Fleischwunde.“ Und als ich den Assistenarzt, der mich verband, fragte, ob meine Wunde schwer sei, antwortete er lächelnd: „Schmer! Drei Wochen Bettruhe, damit das verlorene Blut wiederkommt, dann ist alles gut.“

„Ich drehte mich gegen die Wand, ich wollte meine Tränen nicht zeigen. Und meine inneren Augen sahen Babel und meinen Enkel Lazare, die mir die Arme entgegenstreckten. Reines Sonntagstages blutige Kämpfe waren zu Ende.“

III. Herbst.

Saß fünfzehn Jahre waren vergangen, seitdem wir Babel in der kleinen Kirche meines Enkels Lazare angetraut worden war. Ich hatte in meinem siebenmaligen Glück versucht. Ich war Landwirt geworden; die Durance, meine erste Geliebte, war nun eine gute Mutter, die voller Freude meine Felder reich und fruchtbar machte. Nach und nach eignete ich mir die neuen Baumwolle der Landwirtschaft an, und ich wurde einer der reichsten Besitzer des Landes.

Nach dem Tode meiner Schwiegereltern hatten wir die Eichendalle und die Wiesen am Fluße erstanden; ich hatte mir auf diesem Lande ein bescheidenes Wohnhaus gebaut, das wir bald vergrößern mußten; in jedem Jahre konnte ich unseren Besitz durch irgendein Nachbargut abrunden, und unsere Scheunen wurden für unsere Ernten zu eng.

Die ersten fünfzehn Jahre waren einfach und glücklich. Sie sind in stiller Freude dahingeflossen und haben in mir die Erinnerung an ein ruhiges und friedliches Glück zurückgelassen. Mein Onkel Lazare hatte seinen Traum verwirklicht und sich bei uns zur Ruhe gelegt; sein hohes Alter erlaubte ihm nicht einmal mehr, jeden Morgen sein Brovick zu lesen; er vermühte zuwischen seine geliebte Kirche, tröstete sich aber damit, daß er zwischen den jungen Pfarrer besuchte, der sein Nachfolger geworden war. Sobald die Sonne aufging, stieg er aus seiner kleinen Kammer hinunter, und oft begleitete er mich auf die Felder hinaus, denn er war gern im Freien: in den hohen Däfen des Feldes fand er seine Jugend wieder.

Nur einummer machte uns manchmal weunzen. In aller Fröhlichkeit, die uns umgab, blieb Babel unfruchtbar. Obgleich wir drei Menschen waren, die es gut miteinander meinten, fühlten wir uns an manchen Tagen doch einsam; wir hätten zu gern einen Hundspitz zwischen den Knien gehabt, der uns gequält und uns liebte hätte.

Onkel Lazare hatte große Furcht zu sterben, bevor er Großonkel geworden wäre. Er war wieder wie ein Kind, er war trostlos darüber, daß Babel ihm keinen Spielkameraden schenkte. In dem Tage, da meine Frau uns jüngsten anvertraute, daß wir bald vier sein würden, sah ich den Onkel erlebten und nur mit Mühe seine Tränen zurückhalten. Er küßte uns, dachte schon an die Taufe und sprach von dem Kinde, als sei es bereits drei oder vier Jahre alt, und die Monate vergingen in noch innigerer Zärtlichkeit. Reife sprachen wir drei miteinander von dem einen, den wir erwarteten. Ich liebte Babel nicht mehr; ich betete sie mit gefalteten Händen an, ich beglückte sie um ihrer selbst und ihres Kleinen willen. Der große Tag kam näher. Ich ließ die weiße Frau von Grenoble kommen, die den Hof nicht mehr verließ. Der Onkel war fürchterlich aufgereggt; er verstand nichts von solchen Dingen, ja, er behauptete sogar, er hätte Unrecht davon getan, Priester zu werden, und er bedauerte sehr, nicht Arzt zu sein.

Russland.

Russlands Kampf gegen die Hungersnot.

Mit einem heroischen Aufwand von Energie und Fähigkeit hat das russische Proletariat den Kampf gegen die Hungersnot aufgenommen und wieder einmal den kapitalistischen Kapitalgebern und Leibesbedürftigen Westeuropas durch die Tat bewiesen, daß ihre Spekulation, den Hunger zu ihrem Verbündeten gegen die Sowjetregierung zu machen, eitel ist. Mit Stolz vergleichen „Zwetscha“ und „Pravda“ die geschickte und erfolgreiche Organisation für die Hilfeleistung im Innern Sowjetrusslands mit jener Langsamkeit, die die Hilfeleistung des Auslandes kennzeichnet. Durch Veranlassung von „Hilfswochen“ und eines „Hilfsmonats“ werden alle Schichten der wertvollen Bevölkerung, insbesondere die Bauern zur Arbeit und Unterstützung für die Hungergebiete mobilisiert. So erst dann auch noch immer die Lage in den von der Dürre betroffenen Gouvernements ist, insbesondere im deutschen Wolgagebiet, in Simbirsk und Samara — der Bericht der amerikanischen Ernährungsmission an Hoover gibt ein erschütterndes Bild der dortigen Lage — so helfen sowohl Kaitin, der Vorsitzende des Amerikanischen Zentral-Erntekomitees und Klinger, der Vertreter der deutschen Wolgagemeinden übereinstimmend fest, daß bereits eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Es sei gelungen, das notwendige Saatgetreide rechtzeitig herbeizuschaffen und durch umfassende sanitäre Maßnahmen der Cholera-Epidemie im Wolgagebiet Herr zu werden. Mit äußerster Energie wurden von der Sowjetregierung alle Maßnahmen zur Rettung der Kinder getroffen, und so ungenügend natürlich noch immer die Hilfe ist, so konnte doch erreicht werden, daß die Bauern wieder langsam in ihre Dörfer zurückkehren und die notwendigen Arbeiten für die Herbstsaat vornehmen.

Die Auslandshilfe der bürgerlichen Regierungen wird vorläufig nur von Amerika etwas eifriger betrieben. So erklärte ja auch der Rigger Vertreter des amerikanischen Hilfskomitees Vertretern der Presse, daß „die Amerikaner mit dem Amerikanischen Komitee in gar keiner Verbindung gestanden haben und aus diesem Grunde auch die Auflösung des Komitees auf das amerikanische Hilfswort gar keinen Einfluß haben wird.“ Frankreich aber treibt seine alte nur schlecht verhängte Politik, die in der Ernennung des berühmten Konterrevolutionärs Rouillon zum Präsidenten der internationalen Hilfskommission für Russland ihren sichtbarsten Ausdruck fand. Mit Recht protestierte Tschischew mit aller Schärfe gegen dieses Känstelspiel und brandmarkte das Verhalten der Kommission, die „Nacht zu helfen, lampfizierte Untersuchungen über die innere Lage Russlands anstellen will in einem Zeitpunkt, da die französische Regierung große Massen von Kriegsmaterial nach Polen und Rumänien absendet und die weißen Garben an der russischen Grenze organisiert.“

Neben Amerika ist es vor allem Spanien, der eine ehrliche, offene Haltung einnimmt. Seine Rede auf der Völkerverbundversammlung in Genf, von der wir an anderer Stelle berichten, beweist dies aufs neue.

Nach wie vor aber ist es in erster Linie Pflicht und Aufgabe des internationalen Proletariats, die Hilfsaktion für Sowjetrussland zu organisieren und auszuführen. Die Reden, die wir im Nachhinein veröffentlichten, um an dieser kleinen Auswahl aufzuzeigen, wie das internationale Proletariat seine Solidarität zeigt, müssen uns ein weiterer Ansporn sein, im Kampf nicht zu erlahmen und, soweit auch bis jetzt relativ geleistet worden sein mag, die Aktion noch um ein Vielfaches zu steigern und auszuweiten.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch Europas vor dem Völkerverbund.

In der gestrigen Sitzung der Völkerverbundversammlung gelangte als erster Redner der Belgier Lajontain zu Wort. Er entrollte, wie die bürgerlichen Telegraphenagenturen melden, ein düsteres Bild der gegenwärtigen Weltlage, das heißt, er gab eine im wesentlichen richtige Darstellung des vollkommenen wirtschaftlichen und finanziellen Bankrotts Europas. So wenig seine Ausführungen aus Kommunisten etwas neues sagen können, so verdienen sie deshalb Beachtung, weil sie den ganzen Widerstand und die Unmöglichkeit jedes kapitalistischen Wiederaufbaus enthüllen, den die Sozialdemokraten aller Schattierungen predigen. Da Herr Lajontain selbstverständlich nicht die Konsequenzen seiner Schilderungen ziehen kann, rettet er sich in die Utopie und erwartet die Rettung davon, daß die Länder, die nicht am Kriege beteiligt waren, den anderen helfen“, das heißt, daß die Kapitalisten sich nicht mehr vom Profit sondern von der Humanität leiten lassen sollten. Ein frommer Wunsch, in dem er sich allerdings mit Rechtssozialisten und Unabhängigen begegnet. Dabei nur zu bemerken wäre, daß Herr Lajontains Beweisführung insofern hochwichtig ist und wichtiger ist, als er sich in nicht als Sozialist andeutet und bei seinen Erörterungen nicht auf Marx beruft, wie Hilferding und Emma.

EE. Genf, 2. September.

In der heutigen Sitzung der Völkerverbundversammlung ergab der Belgier Lajontain das Wort und schilderte den katastrophalen wirtschaftlichen Zustand und die verheerende politische Lage in den einzelnen Ländern Europas. Er entrollte ein düsteres Bild der gegenwärtigen Weltlage, die von politischem Wahnwitz verfehrt und wirtschaftlich noch nicht besser sei, als sie nach Beendigung des Krieges war.

Zu der Frage der **Währungsfragen** erklärte Lajontain auf die ungeheuren finanziellen Konsequenzen hin, denen man sich, wie es scheint, in den einzelnen Ländern noch nicht genügend bewußt geworden sei. Lajontain schloß mit dem Satz:

Die Chancen eines zänsigen Krieges. Er schildert das Geschehen, das von der Anwendung giftiger Gase und der Fähigkeit der Flugzeuge bestimmt wurde, daß je tiefer ein neuer Krieg ausbrechen sollte. Nicht nur an den Fronten würde geschossen, sondern der Krieg würde insbesondere in Hinterlande die Fäden, die zwischen den Völkern und in erster Linie gegen Frankreich, Rußland und die Türkei geknüpft werden. Insbesondere müßte man sich der ungeheuren Verwüstungen bewußt sein, die man auf sich laden, wenn man gegenwärtig nicht ein neuer Krieg wegen einer geringfügigen Ursache ausbrechen könnte.

Es handelt sich um ein Europa, das in der Lage ist, die wirtschaftliche Lage ein und dasselbe, dieses Problem sei eines der wichtigsten, weil es auf die Weltweite gerade auf denjenigen Ländern läge, die während

An die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands!

Auf dem bevorstehenden Parteitag der KAPD wird die Entscheidung darüber fallen, ob die Arbeiter der KAPD sich von den Massen ihrer Klassenangehörigen lösen oder ob sie in die Reihen der kommunistischen Internationale eintreten wollen. Die Dresdener Ortsgruppe der KAPD ist bereits auf den Boden des Kommunismus zurückgekehrt. In einem Offenen Brief an die Mitglieder der KAPD weist die Ortsgruppe der kommunistischen Internationale die Arbeiter noch einmal auf die Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hin. Dieser Offene Brief ist in Broschürenform erschienen und zum Preis von 30 Pf. in allen Parteibuchhandlungen zu haben. Wir veröffentlichen nachstehend die wichtigsten Teile des Briefes.

Leure Genossen!

Der Dritte Weltkongreß der kommunistischen Internationale hat erneut zu der Frage des Verhältnisses zwischen eurer Partei und der kommunistischen Internationale Stellung genommen. Er ist nach eingehender Prüfung aller in Betracht kommenden Tatsachen zu dem Schluß gekommen, daß das gegenwärtige Verhältnis, das nach dem Beschluß des Exekutivkomitees vom 25. November 1920 von vornherein als provisorisch angesehen werden sollte, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Er war der Meinung, daß es auf die Dauer nicht angängig sei, in einem Lande zwei Parteien, die sich gegenseitig bekämpfen, als ordentliche, resp. sympathisierende Mitglieder der K. A. anzuerkennen. Nach der einseitigen Auffassung des Kongresses wäre es ein Verbrechen an der deutschen und an der Weltrevolution, wenn die Spaltung unter den deutschen Kommunisten weiter aufrecht erhalten bliebe. Der Kongreß beschloß deshalb einstimmig die Vereinigung der beiden Parteien so schnell als möglich herbeizuführen. Da die kommunistische Partei Deutschlands ihr Einverständnis mit der Verschmelzung der beiden Parteien erklärt hat, wurde beschlossen, die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands aufzulösen, binnen zwei Monaten einen Parteitag abzuhalten, der über die Verschmelzung entscheiden sollte. Wenn dieser Parteitag wider Erwarten die Vereinigung der deutschen Kommunisten ablehnt, wenn die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands nicht mehr als sympathisierendes Mitglied der kommunistischen Internationale angesehen werden kann.

Genossen! Eure Vertreter auf dem Weltkongreß haben am Schluß der Tagung eine Erklärung eingereicht, in der sie unter heftigen Angriffen auf den Weltkongreß und die kommunistische Internationale den entscheidenden Beschluß des Kongresses nicht nur für unannehmbar, sondern für undiskutabel erklärten. Das Exekutivkomitee der K. A. kann in dieser Erklärung nur den Versuch erwidern, die Mitgliedschaft der KAPD in ihrer Entscheidung von vornherein zu binden, und zu verhindern, daß ihr euch in die geschlossene Front der Millionen Kommunisten, der revolutionären Kämpfer in der ganzen Welt einreißt. Eure Vertreter sind zu diesem Zweck nicht davor zurückgeschreckt, über die Verhandlungen auf dem Kongreß und über seine Resultate ein vollkommen falsches Bild zu geben.

In den Schlagworten, die von eurer Partei immer wiederholt werden, gehört der Kampf gegen das Führertum in der Arbeiterklasse. Dieser Kampf war gewiß berechtigt in der alten sozialdemokratischen Partei, als die Führerschaft, besessenen in Republikanismus und Opportunismus, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus hemmte und lähmte und dem Imperialismus auslieferte. Wir haben dieses verächtliche Führertum jäh und mit aller Energie bekämpft, und die kommunistische Internationale führt diesen Kampf mit Anstrengung aller ihrer Kräfte weiter. Seid ihr nicht hebenköpfig geworden, als die Vertreter am revolutionären Kampf, die Hilferding und Tschischew das gleiche Geschrei über den Zentralismus und die Diktatur der Führerschaft erhoben, mit dem eure Führer den Kampf gegen die kommunistische Internationale und eure Bruderpartei, die KAPD, führt? Sie alle jetzt und hierin, weil sie wissen, daß in der strengen Zentralisation der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Internationale in ihrer Geschlossenheit, in ihrer eheernen Disziplin die Kraft des revolutionären Proletariats liegt. Wer in euren Reihen gegen den Zentralismus auftritt, der steht nicht die gewöhnlichen Aufgaben, die die Arbeiterklasse zu erfüllen hat, sondern er trägt dazu bei, eure Kräfte zu zersplittern und euch in den entscheidenden Kämpfen verhängnisvoll zu machen.

Ihr jungen auch nach den Erfolgen zweijähriger Propagandakämpfe. Glaubt ihr im Ernst, mit der Zahl eurer Mitglieder, die ihr bisher erreicht habt, und angesichts des Zerfalls eurer Centralisation (seht sie vorwärts oder zurück) den Vorwärtsschritt der deutschen Revolution bilden zu können, mit dieser Zahl von Kräften die gewaltigen Aufgaben des freigelegten Proletariats erfüllen zu können?

Ihr jungen auch nach den Erfolgen eurer Gewerkschaftsarbeit, nachdem wir oft eindrucklos und erfolglos über das Prinzip der revolutionären Gewerkschaftsarbeit mit euch gesprochen haben. Was sind die paar Hunderttausende, die ihr in den Massen vereinnahmt habt, gegenüber den acht Millionen

die heute in den deutschen Gewerkschaften organisiert sind? Die Unionen, die sich abschließen von der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, haben keine Aussicht, die Arbeiterklasse zu gewinnen. Gewiß seid ihr als Unionsisten beleuchtet und verfolgt worden. Aber ohne Beispiel ist die Verfolgung der Kommunisten, die innerhalb der Gewerkschaften den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie, den Kampf zur Eroberung der Gewerkschaften für die Revolution führen. Die Eroberung der Gewerkschaften ist eine der wesentlichen Vorbedingungen für die Eroberung der Macht. Alles Klagen gegen den „Opportunismus“ unserer Gewerkschaftsarbeit, alles Betonen der eigenen „Grundhaltungen“ ist nur ein Kraftmeierei, das die eigene Schwäche verhüllt.

Leure Genossen! Eure Führer wollen euch loslösen von der kommunistischen Internationale. Sie haben eure Vertreter auf den Kongreß geschickt mit einer Marschrute, die schon von vornherein eine Kriegserklärung an die Internationale bedeutete. Welches sind die Gründe, die sie gegen die kommunistische Internationale erheben? Es ist im Grunde das gleiche Gefühl, das die Konterrevolutionäre und die Menschewisten in der ganzen Welt machen, die lächerliche Behauptung, die kommunistische Internationale sei nur ein Werkzeug für die auswärtige Politik der Sowjetrepublik. Nur politische Aberglaube können auf solche Gedanken kommen. Die russischen Genossen sind erfahren genug, um zu wissen, daß kein Wohlverhalten und keine Duldbarkeit die Sympathien der Kapitalisten für die Sowjetrepublik erkaufen kann. Sie wissen, daß jede Konzeption der kapitalistischen Staaten nur zerstört werden kann durch die eigene Macht; und diese eigene Macht ist gegeben in der Stärke des Sowjetsystems, wie in der roten Armee und nicht zuletzt in der Stärke der revolutionären Energie und des revolutionären Erfolgs des Proletariats in allen kapitalistischen Staaten.

Ihr wißt, Genossen, von wem zum ersten Male die Behauptung ausgesprochen wurde, daß die kommunistische Internationale die Politik der Sowjetrepublik durchführt. Bolschewik und Lausenberg waren es, sie, die sich als Retter der deutschen Revolution aufspielten, und die sich von jener Beschuldigung der Internationale aus zu Antibolschewisten und schuftigen Verrätern der deutschen Revolution entwickelten. Wir müssen euch auch warnen vor Auffassungen, die der Genosse Sorier in den Schriften vertreten hat, die in letzter Zeit im Verlag eurer Partei herauskamen. Sorier hat versucht, aus dem Kronstädter Aufstand ein Argument gegen die Parteiführerschaft der Bolschewiken in Rußland zu machen. Wir aber sagen euch, daß gerade der Kronstädter Aufstand ein unwiderlegbarer Beweis für die Notwendigkeit der Ausübung der proletarischen Diktatur durch eine stark disziplinierte kommunistische Partei ist. Eine Sowjetrepublik, die das Schicksal von der Herrschaft der Klasse, nicht der Partei, vertritt, die sich also nicht fügt auf die organisierte Macht des proletarischen Kampfes, kann nicht existieren. Sie müßte sich notwendig auflösen und eine Beute der Konterrevolution werden. Ihr habt Beispiele in der ungarischen und Münchener proletarischen Diktatur. In den Zeiten des Ringens zwischen Proletariat und Bourgeoisie, dieses Ringens auf Leben und Tod, kann die Herrschaft der Arbeiterklasse nur erobert, gehalten und immer wieder aufs neue gehalten werden durch die in der kommunistischen Partei organisierte Kraft der bewußtesten, kühnsten, aufopferungsfähigsten und rücksichtslosesten Teile des Proletariats. Auch ihr seid berufen, diese Aufgabe, die schwer und die höchste der Geschichte zu erfüllen, mit Härte zu lösen. Wir sind euch zu Recht auch frei von jenen, die euch an der Erfüllung dieser Aufgabe hindern wollen. Macht euch frei von den Korrupturen, die euch selber hemmen und fesseln. Haltet euch vor Augen die Tatsache, daß eure Theoretiker dort, wo sie die Politik der kommunistischen Internationale kritisieren, stets im Wesen dieselben Argumente bringen wie die elenden Verräter von Menschewik und antisowjetischen Genossen. In der Frage der Gewerkschaftsarbeit, in der Frage der Zentralisation der Partei, der Partei- oder Klassenfiktur, Kronstädter usw. Wir bezweifeln nicht einen Augenblick den ernstlichen, revolutionären Willen dieser Genossen. Aber sie können ihre geistige Verwandtschaft mit den Kleinbürgerlichen Ideologen recht und links nicht verleugnen und sie werden ihren Weg gehen.

Genossen! Wir verkennen nicht die Schwere des Entschlusses, den wir von euch fordern. Ihr sollt euch mit der KAPD verschmelzen, gegen die ihr einen jahrelangen Kampf geführt habt. Ihr fordert diesen Entschluß im Interesse der Revolution. Wir wissen, daß die Bunden solcher Parteikämpfe nur langsam vernarben. Aber was sind die alten Wunden gegenüber den frischen Wunden, die eurer Partei und der KAPD in gemeinsamen ehrlichen Kämpfen geschlagen wurden? Die gemeinsamen Opfer, das gemeinsam vergossene Blut müssen euch vereinigen. Die KAPD hat den Beweis erbracht, daß eure Zweifel an ihrer Kampffähigkeit unberechtigt waren. Ihr habt jetzt kein Recht mehr, euch weigern zu stellen. Ihr steht vor der Wahl, die revolutionäre Kraft des deutschen Proletariats durch die Einigung zu stärken oder sie zu zersplittern. Im Namen der Weltrevolution, im Namen des proletarischen Sieges fordern wir eure Entscheidung.

Roslan, August 1921.
Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale.
Vorstand: G. S. I. N. O. L. E. W.

des Krieges am meisten gelitten haben und die heute noch zum Teil bitter klagen. Niemals hätte Jinsen lassen heute auf Europa. Die wirtschaftliche Lage würde dadurch bis elftausend Millionen mehr übersteigen. Es müßte eine politische Haltung der ganzen Welt für den Völkerverbund hergestellt werden.

Die Länder, die nicht am Kriege beteiligt waren, müßten den anderen helfen, sonst geht es keinen Ausweg aus der katastrophalen Situation.

In die die Welt durch den Krieg geführt worden sei. Die Herstellung eines internationalen Marktes sei eine der ersten Notwendigkeiten, die dem Völkerverbund bewirkt werden müßten. Es gäbe eine Art von wirtschaftlichem Bankrott, der heute unter den Völkern herrsche, und dem der Völkerverbund Herr werden müßte. Man müßte die einzelnen Regierungen zwingen, sich von weltlichen Interessen freizumachen, wenn der Völkerverbund das nicht tun könne, so sei er nur der Leidensgenosse aller Hoffnungen der Menschheit.

Hieraus sprach der Norweger Kansen, der das russische Problem in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte, mit besonderem Verweis auf die Dringlichkeit der Hilfeleistung hinwies und sich besonders — wie von uns an anderer Stelle berichtet — sehr klar gegen die Fäden und die Verwicklungen wandte, mit denen insbesondere von französischer Seite gegen die Sowjetregierung intrigiert wird.

Ein russisch-polnischer Zwischenfall.

Die gemischte russisch-polnische Kommission für Kriegsverbrechen, Flüchtlinge und Gefangen wurde folgende Mitteilung: Auf dem Territorium der russisch-polnischen Reparatorkommission in Polen, Krasnopol, wurde auf polnischer Seite ein ungesetzlicher Versuch unternommen, Krasnopol zu besetzen. Die Kommando-Offiziere des russischen Heeres haben die Besetzung eines Transportes Kriegsgefangener nach Ruß-

land ab. Obwohl die Fürsorge für die Heimbeförderung eine der Hauptpflichten der Kommission bildet, forderte ein Offizier Krasnopol auf, sich zu entfernen. Auf dessen energisches Protest gegen die Verletzung der Rechte der Kommission gab der polnische Offizier den Befehl, Krasnopol mit Gewalt zu verlassen. Er wurde von den polnischen Soldaten mit dem Bajonettsangriff. Die russisch-polnische Delegation veröffentlichte einen energischen Protest gegen die schmachvolle Verletzung der Humanität und persönlichen Sicherheit der Mitglieder der Kommission, die ihnen von der polnischen Regierung gewährleistet worden ist.

Der Textilarbeiterstreik in Italien.

Der Textilarbeiterstreik, der in Oberitalien seinen Ausgang nahm, dehnt sich auf ganz Italien aus. Die Textilarbeitergewerkschaft erklärt, daß die Unternehmer den Streik propagiert hätten, um die Betriebe schließen und ihre großen Verluste dann teuer verkaufen zu können. Die Annahme der Lohnreduzierungsverträge der Unternehmer (6 bis 9 Lire pro Tag, also 30 bis 50 Prozent) würde für die Arbeiterklasse das größte Übel mit sich bringen. Angeführt dieser unerträglichen Bedingungen müßten auch die „Reichen“ (katholischen) Gewerkschaften sich dem Streik anschließen.

Die revolutionäre Bewegung unter den amerikanischen Bergarbeitern.

Dem „Newspaper Herald“ wird aus Chicago gemeldet, daß die Bergarbeiter von Illinois dem Beispiel ihrer Kollegen in Westvirginia folgen wollen. 800 bewaffnete Bergarbeiter sind bereits auf dem Marsch nach Elizabethton und Rosclair. Die Bergarbeiter sind bereits in beiden Städten wurden bereits abgeschritten. Die ganze männliche Bevölkerung erklärte, sich dem Gange der Polizei widersetzen zu wollen.

Breslauer Nachrichten.

Die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ auf fünf Tage verboten.

Als vor einigen Tagen der Polizeipräsident uns eine Warnung zuschickte, dahingehend, daß unsere Zeitung in den letzten Tagen Artikel gebracht habe, auf Grund deren die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August in Anwendung kommen könne, wußten wir, daß wieder eine Periode der Peze und der Verbote gegen uns im Anzug sei.

Die Verordnung des Herrn Ebert war herausgegeben, um gegen die monarchistischen Mordheher und ihre Pressezeugnisse Stellung zu nehmen. Wir wiesen aber gleich darauf hin, daß die Regierung und die Verwaltungsorgane die Verordnung auslegen werden gegen links, sobald der Rummel gegen die Monarchisten verhaucht sei. Diese unsere Annahme hat sich bestätigt. In Halle, Frankfurt, Königsberg haben sozialdemokratische Polizeipräsidenten unsere kommunistischen Zeitungen verboten.

Herrn Liebermann ließ der Ruhm seiner sozialdemokratischen Kollegen keine Ruhe. Er, als stramme Stütze der „Verfassung“, hat ja sowieso die „Schlesische Arbeiterzeitung“ in sein liebendes Herz geschlossen. Unsere Zeitung erscheint bekanntlich wegen der Drudereiabreibung der Breslauer Polizei als Kopfblatt der „Roten Fahne“. Es steht also fest, daß der Inhalt unserer Zeitung, wenigstens der politische, in den meisten deutschen Städten unbeachtet gelesen werden darf. Nur in dem Königreich Preußen, der extremsten Monarchie, nicht.

Die Verordnung des Reichspräsidenten, die gegen die reaktionäre Mordpresse nur auf Anordnung des Reichsinnenministeriums angewandt wurde, wird jetzt zum willkürlichen Spielball jedes beliebigen Polizeipräsidenten. Es ist selbstverständlich, daß der Herr Liebermann nicht die „Lagespost“ oder Zeitungen ähnlichen Kalibers verbietet, sondern daß er getreu seiner reaktionären Festlegung vorgeht gegen die Kommunisten, die sich nicht scheuen, auch die unentschiedene, in den letzten Tagen wieder voll gegen die revolutionären Arbeiter gerichtete Politik mit aller Schärfe zu kritisieren, und den Massen die richtige Bahn zu weisen.

Der Polizeipräsident und der Staatsanwalt haben im Anschluß an die Kämpfe in Mitteldeutschland unsere Zeitung monatelang beschlagnahmt, schikaniert, unsere Redakteure unter Anklage gestellt. Es hat ihm aber alles nichts geholfen. Wir haben bald unsere alte Abonnentenzahl wieder erreicht und haben sie jetzt bedeutend überschritten.

Wir wissen, daß dieser neue Gewaltstreich unsere Genossen und Freunde nur anspannen wird zu neuer intensiverer Arbeit, um ein System zu beseitigen, das derart mit Arbeiterinteressen Schindluder treibt.

Ich verbiete

Hiermit auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 die „Schlesische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von 5 Tagen (vom 10. bis 14. September einschließend) und ordne die Beschlagnahme der Nr. 200 an.

Gründe: Der Artikel „Die Sammlung für Sowjetrußland verboten“ der Nr. 200 jagt: Das hiesige Oberpräsidium und der Staatskommissar habe sich wieder einmal in seiner richtigen Aufmachung gezeigt, als Instrument der Monarchisten und Reaktionäre. Beide Amtsinhaber werden dann konterrevolutionäre Bürokraten genannt und behauptet, daß durch ihr Verhalten offenkundig die Konterrevolution, die Verbürgung für die Monarchie unterstützt werde. Den Arbeitern sei die antirepublikanische Stimmung der obersten Verwaltungsorgane bekannt. Es werde nur an die Duldung der Regierungsstellen gegenüber den Arbeitsgemeinschaften à la Kopsbach erinnert, die mit Hilfe der Regierung ein weitgespanntes Netz über ganz Schlesien gesponnen habe, die Arbeiterschaft niederzuschlagen wolle, und sich zur Aufrechterhaltung der Monarchie rüfte. Durch diese Ausführungen wird in wahrheitswidriger Weise leitenden Staatsorganen Förderung von Bestrebungen zum Sturz der Verfassung unterstellt und werden sie damit in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verächtlich gemacht.

Der Artikel schließt mit der Aufforderung, trotz des Verbotes des Oberpräsidenten erst recht mit der Hilfsaktion für Rußland einzusetzen, enthält also eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und rechtsgültige Anordnungen der Behörden.

Der Artikel „Gibt es auch unter den Beamten Raubritter?“ enthält gleichfalls eine Verächtlichmachung von Staatsorganen, welche ihres Amtes vorschriftsmäßig gewaltig haben, und ist seiner aufreizenden Form nach, die sogar zur Selbsthilfe auffordert, geeignet, den öffentlichen Frieden zu stören.

Aus dem gleichen Grunde ist der Artikel „Kommunistischer Waffenlauf“ zu beanstanden, der von „republikanischen“ Behörden spricht, behauptet, daß Amtsvorsteher, Landrat, Gendarmen ganz unter dem Einflusse der Monarchisten stehen und gegen Waffenlieferungen nichts täten, sondern sie noch unterstützen. Dem Oberreichsanwalt wird vorgeworfen, er habe Waffenschieber entlassen, trotzdem der dringendste Verdacht gegen sie vorlag. Es wird von „echt preussischen Richtern“ gesprochen, auf deren Unterstützung die konterrevolutionären rechnen.

Der Artikel „Vollständiger Bankrott der Kopskopolitik“ schließt: Die Reaktion wird nicht beseitigt durch Erlaß der Behörden der demokratischen Republik. Allein der Kampf der einzigen Arbeiterklasse wird sie zerstückeln und besiegen. Doch die siegreiche Arbeiterklasse wird auch nicht vergessen, zugleich mit denen anzukämpfen, die ihre Leiden so maßlos vergrößerten und viele der Tapfersten ungerichtet worden ließen. Hierin liegt eine Anreizung zu Gewalttaten gegen Vertreter der jetzigen Staatsform, insbesondere des in dem Artikel namentlich genannten Oberpräsidenten Kopske.

Breslau, 8. September 1921.

gez. Liebermann.

Aufhebung von Presseverboten durch den Reichsinnenminister.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. September.

Es hat am heutigen Tage eine Besprechung stattgefunden zwischen dem Reichsminister des Innern und Vertretern der kommunistischen Partei Deutschlands. Auf Grund der von dem Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion abgegebenen Erklärungen hat der Reichsminister des Innern das Verbot über die Blätter in Frankfurt a. M., Cassel, Halle und Breslau aufgehoben.

Ist das Kommunismus?

Unter dieser Überschrift bringt die „Vollmacht“ folgendes Eingeladene:

„Mein Mann ist Kommunist. Er haßt die Sozialdemokratie und buldet die „Vollmacht“ nicht unserer Wohnung. Dafür läßt er die „Arbeiterzeitung“. Auf der Bahn verdient er wöchentlich 225 Mark. Für drei Personen zahlt er wöchentlich 80 Mark Kostgeld. Das andere vertrinkt und verspielt er in der Kneipe. Mich und das Kind behandelt er brutal. Darf ein Kommunist so handeln?“

Dazu erklären wir, daß zunächst die „Vollmacht“ wissen müßte, daß dies kein Kommunismus ist. Der „Vollmacht“ kommt es aber nur darauf an, die K.P. als eine Gesellschaft von Säufnern hinzustellen. Wir wissen, und geben es offen zu, daß auch wir „Mitglieder“ haben, die in der Behandlung ihrer Familie alles andere als Kommunisten sind. Ohne von der ehelichen, einwandfreien Sozialdemokratischen Partei daselbst zu behaupten, und ohne die näheren Verhältnisse der Ehenpartner zu kennen, würden wir rücksichtslos solche Elemente, wenn alles Zurecht nichts hilft, aus unseren Reihen entfernen.

Wir wissen, daß wirtschaftliche Not den Nährboden für ehe-liche Zerwürfnisse gibt. Ein Kommunist muß aber erkennen, daß die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur durch Kampf gegen das kapitalistische System beseitigt werden können. Diese Erkenntnis wünschen wir auch dem „Vollmacht“-Redakteur.

Ist das sozialistisch?

Der Versorgungsausschuß bei Lint-Eckhoffmann, in dem neben Vertretern der Firma, Vertreter des „sozialistischen“ Betriebsrates sitzen, hat, um einem bringenden Bedürfnis abzuhelfen, vor dem Zutritt der erhöhten Spiritussteuer eine große Menge von „Lidren“, auf deutsch Schnaps, eingelauft und labet die Arbeiter zur Einbedung mit diesem kostbaren Stoff ein. Der Liter kostet „nur 20 Mark“.

Die Arbeiter bei L.-E. haben erst vor kurzer Zeit in einer Lohnbewegung gestanden. Sie konnten mit dem Hungerlohn nicht Kartofeln und Brot kaufen für sich und ihre Familie. Jetzt bietet man ihnen elenden Fusel an, damit sie ihr Magen-turmen betäuben können. Nicht genug, daß die Destillen an

Arbeiter!

Genossen!

Warum verbietet der Polizeipräsident die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“?

Weil die „Schles. Arbeiter-Zeitung“ unbarmherzig kritisiert die skandalösen Zustände in Deutschland, das laue Vor-gehen gegen offene und verkappte Monarchisten. Weil die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ die Arbeiter auffordert zum entschlossenen einheitlichen Kampf gegen die Ausbeutung der Massen, gegen die unerhörten Steuern.

Deshalb, Arbeiter, setzt eure ganze Kraft ein, um die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ immer mehr zu verbreiten als Wegbereiterin der kommunistischen Gesellschaft.

jeder Straßenede den Proleten ihre wenigen Groschen aus den Taschen ziehen, es muß sich auch noch ein sozialistischer Betriebsrat hergeben, um die Arbeiter mit „billigem Schnaps“ zu verjagen.

Weißwasser, Schnaps und Polizeifädel sind Erzfeinde der Arbeiter, wie Kuffert vom Gewerkschaftskartell bei Gelegenheit mal sagte. Laßt euch, ihr Arbeiter bei L.-E. außer mit sozialistischen Reden nicht auch noch das Hirn mit sozialistischem Schnaps umwickeln.

Der neue Milchpreis in Breslau.

Nach mehrstündigen Verhandlungen am 6. September über die Regelung der Milchpreisfrage für die Stadt Breslau, an der teilnahmen Regierung, Magistrat, Landwirtschaftsvertreter und Milkereien, wurde beschlossen, den Milchpreis auf 2,70 Mark festzusetzen, und zwar vom 12. September bis zum Jahresabschluss. Es ergibt sich unter Beibehaltung der bisherigen Spannen ein Kleinverkaufspreis von 3,20 Mark je Liter. Die lebhaften Bemühungen der Behörden, des Milchproduzentenvereins und des Schlesischen Landbundes, den Milchpreis auf der alten Höhe zu halten, mußten aufgegeben werden, weil die Vertreter der auswärtigen Milkereien erklärten, nicht unter den beschlossenen Preisen liefern zu können, und deren Milch bei der herrschenden Milchknappheit nicht entbehrt werden kann. Bei Nichtbewilligung des Preises von 3,20 Mark lag die Gefahr vor, daß ein großer Teil der Milch dem Bedarfsgebiet Breslau entzogen würde.

Auch hier zeigt sich wieder treffend die Raffgier der Agrarier und des Zwischenhandels. Es können Kinder, Säuglinge zugrunde gehen, Hauptfache, der notleidende Agrarier, die Fierde deutscher Herrlichkeit, bleibt in seinem Glanz bestehen.

Provinznachrichten.

Der Internationale Jugendtag in den Grenzlanden.

Gendarmerieangebot gegen unsere kommunistische Jugend.

Den 7. Internationalen Jugendtag veranstalteten wir in Ostböhmen gemeinsam mit der kommunistischen Jugend Deutschlands, Bezirk Schlesien. In dem herrlich gelegenen Ort Klein-Kupa bei der „Kreuz-Schente“ sollten sich die reichs-deutschen und die tschechoslowakischen Genossen treffen. Schon um 7 Uhr früh kamen die reichsdeutschen Jugendgenossen und Jugendgenossinnen anmarschiert. Kurz vor dem um 9 Uhr vereinbarten Beginn erschien ein Gendarmerieangebot und forderte Grenzansweise. Jeder weiß, daß der Touristenverkehr sehr regt ist und daß sich keine Rache um den Personen-Grenzverkehr gestimmt hatte; aber anlässlich des Internationalen Jugendtages kam „ganz zufällig“ eine Kontrolle. Es ist selbstverständlich, daß der bürgerliche Klassenstaat genau weiß, welche Gefahr ihm, der doch auf der nationalen Verheerung und auf den nationalen Gegensätzen beruht, durch die internationale Verbrüderung des Proletariats erwächst. Die erschienenen Weisgarbisten glaubten wahrscheinlich durch diese arbutime Provo-kation unseren Jugendtag verhindern zu können. Doch weit davon entfernt! Sie trug nur dazu bei, die Stimmung unserer Genossen und Genossinnen zu erheitern und den Jugendtag erst recht zu einer mächtigen Kundgebung zu gestalten, welche es weit hinausrief über das Riesengebirge.

Wird die Grenzpolizei heranzitiert wieder mit den Genossen

In geschlossenem Zuge voran die roten Fahnen und Sow-jetstandarten zogen die reichsdeutschen Jugendgenossen, zu welchen sich nun auch von unserer ostböhmerischen Seite Genossen zugesellt hatten, die „Internationale“ singend zu den „Grenz-landern“. Unmittelbar beim Grenzstein, vor der Nase der Gen-darmrie, die selbstverständlich uns „begleitete“ hatte, wurde das Lager aufgeschlagen. Um 11.30 Uhr begann die internationale Jugendversammlung. Zunächst sprach

Genosse Grünwald (kommunistische Partei, Kreis Trautenau). Er begrüßte die reichsdeutschen Jugend- und Parteigenossen auf dem Boden der Ebert-Republik, nachdem es nicht möglich war, die Gastfreundschaft der Tschechen und Krámar-Republik zu ge-nießen. Er schilderte die „Demokratie“ der tschechoslowakischen Republik und die schwere illegale Arbeit der kommunistischen Jugend der Tschechoslowakei. Inmitten der nationalen Hege sind die Kommunisten die einzigen, welche die Fahne der Völkerver-brüderung und damit der Völkerverbrüderung hochhält. Wenn wir auch heute noch nicht in so großen Massen aufmarschieren, so ist die heutige Tagung trotzdem der beste Beweis, daß die Idee des kommunistischen Jungproletariats marschiert, und daß der Geist Karl Liebknechts unter uns ist. Genosse Grünwald schloß mit einem Hoch auf die Weltrevolution, in das die Genossen be-geistert einstimmten. Hierauf begrüßte

Jugendgenosse W. (kommunistische Jugend, Breslau) die Erschienenen namens der kommunistischen Jugend Deutsch-lands. Er schilderte Entstehung und Geschichte der inter-nationales Jugendtage. Ausgehend von dem Zusammenbruch der 2. Internationale, von der Berner Jugendkonferenz bis zum Jugendtag 1921, dem ersten den die schlesischen zusammen mit den ostböhmerischen Genossen begehren. Er hob die Be-deutung des Weltkongresses der kommunistischen Jugendinter-nationale in Moskau hervor, welcher die innigste Zusammen-arbeit der kommunistischen Jugend mit der kommunistischen Partei festlegte. „Der beste Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind“, schloß Genosse W. seine Ausführungen, indem er auf die tschechoslowakischen Weisgarbisten hinwies, „sind jene gegen uns geführte Bajonette! Wir aber lassen uns nicht beirren.“

Genosse Krause (kommunistische Partei, Bezirk Breslau) begrüßte die Genossen namens der K.P.D. Er kam auf den Dritten Weltkongress der kommunistischen Internationale zu sprechen und die Lehren, welche wir aus dem vergangenen Jahre zu ziehen haben. Mit einem Hoch auf die Dritte Inter-nationale schloß Genosse Krause.

Genosse Bruneder (Komm. P. D., Schmiedeberg) richtete gleichfalls im Namen der kommunistischen Grenz-gruppen herzliche Worte der Begrüßung an die Erschienenen. Mit der Abingung der „Internationale“ schloß diese Ver-sammlung. Den zahlreichen Bourgeois als Zuschauer berging das öde Lächeln, als sie die kampfbereite kommunistische Jugend sahen.

Die Jugendführer trafen sich anschließend an die Ver-sammlung und besprachen die vergangene und zukünftige Ar-beit in der Jugend. Auf der Tagung waren folgende Jugend-gruppen vertreten: Breslau, Petersdorf i. N., Schreibersau, Halbenburg, Altwasser, Liegnitz, Hirschberg, Zillertal, die Parteigruppen Breslau, Landeshut, Schmiedeberg, Arnstorf, von ostböhmerischer Seite Trautenau, Schölar, Freiheit und Marschendorf. An diese beiden Konferenzen schloß sich der heitere Teil der Tagung. Die Marschendorfer Schrammel-kapelle des Genossen Finger konzertierte, eine Reihe von Volks-tänzen von den reichsdeutschen Jugendgenossen und Jugend-genossinnen wurde aufgeführt. Einige heitere Vortragsstücke, die Genosse Finger (Freiheit) zum Vortrag brachte, erzielten lebhaften Beifall. Ein besonders heiterer Zwischenfall ereignete sich, als die

Gendarmerie vor einem kommunistischen Photographen die Flucht ergriff.

Ein jugendlicher Photograph wollte die Wächter der tsche-choslowakischen „Demokratie“, die Gendarmen mit ihren geschul-terten Gewehren im Bilde festhalten, doch als diese die Absicht bemerkten, ergriffen sie die Flucht in das Grenzhäuschen, was stürmische Heiterkeit hervorrief. Ueber dem Grenzhäuschen wurde je-dam die rote Standarte mit der Aufschrift „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ und „Es lebe die kommunistische Welt-revolution!“ aufgespiant und die Schaar der Jungkommunisten in diesem Bilde festgehalten. Es nahe die Zeit zum Aufbruch. Die Genossen zogen zu den „Grenzhäusern“, nicht ohne daß die Gendarmerie nochmals versucht hätte, uns zu schikanieren, je-wohl der Genosse Grünwald als auch Genosse Fuß wurden an-gehalten und nach Hingschritten untersucht. Wir gut arbeitete doch der

Spiegelapparat der demokratischen Republik!

Die Spiegel, die man uns geschickt hatte, zeichneten sich be-dauerlicherweise durch ganz besondere Unfähigkeit aus und sind wert, von ihren Herren sofort entlassen zu werden. Es gehört doch eine tüchtige Portion Unfähigkeit dazu, kommunistische Flugblätter mit dem neuen Menschheits-Zentralorgan, dem „Frager“, „Sozialdemokrat“ zu verwechseln. Freilich konnte man den nicht konfiszieren.

Nach und nach marschierten nun die einzelnen Gruppen der K.P. und der K.P.D. ab, bis schließlich um 5.30 Uhr auch die ost-böhmerischen Genossen den Abmarsch antraten. Dieser 7. Inter-nationale Jugendtag in Ostböhmen hat einen unvergeßlichen Eindrud auf alle Teilnehmer gemacht.

Sozialistische Stadtverordnete als Förderer der Klassenjustiz.

Vielen unserer Genossen werden noch die Revolten vom Frühjahre der Gefangenen aus der Strafanstalt Görlitz in leb-hafter Erinnerung sein — und vielen auch die seinerzeit von den sozialistischen Stadtverordneten von Görlitz eingebrachte Reso-lution anlässlich einer Stadtverordnetenversammlung über die Zu-fälle in der Strafanstalt, wo alle Schuld auf Seiten der Ge-fangenen zu suchen sei. Diese Resolution war ein Meisterwerk von Berrat an Gefangenen, welche innerhalb der Kerkermauern den Kampf nach Recht und Gerechtigkeit kämpfen, wo prässender Uebermut und streche Willkür und Korruptionsherrschaft einer altpreussischen Beamtenlaste ihr Spiel treibt. Heute, nachdem nun vollständiges einwandfreies Material vorliegt, welches selbst dem Justizminister unterbreitet worden ist, ist es Pflicht, die Deffentlichkeit aufzuklären über Punkte, wo Märtyrer einer furchtbaren Klassenjustiz selbst von Sozialisten beschimpft und verurteilt werden. Es ist Pflicht, der Deffentlichkeit zu beweisen, wie Sozialisten selbst ministerielle Verfügungen ihrer Kollegen burgfriedlich vereint mit den bürgerlichen Fraktionen nur als einen Fetzen Papier betrachten.

Als im März d. J. in der Strafanstalt Görlitz ein altpreu-ßischer Major als Direktor seinen Einzug hielt, hat er seiner ihm unterstellten Beamtenlaste unzweifelhaft zu erkennen ge-geben, daß er gewillt sei, das Wilhelmimische Schredensregiment wieder einzuführen, wenn ihm die Unterstützung der Beamten zuteil würde. — Kein besseres Programm konnte dieser monotel-trarische neue Direktor dem postreaktionären Beamtenrat der Strafanstalt vorsetzen, denn nach einem beratigen Vorge-

